

Rede zur Haushaltsberatung

## **Kampf gegen Windmühlenflügel oder für tatsächliche Entschuldung?**

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren,

erkennbar erleben wir heute parteitaktische und machttaktische Manöver im Inhalt und Stil der Haushaltsanträge. Den Reichen soll gegeben, den Armen genommen werden. Das lehne ich ab. Damit wird man der strukturellen **Krise der Kommunal финанzen in der BRD**, für die Essen leider ein Vorreiter ist, nicht gerecht.

Ich halte es für nicht übertrieben zu sagen: Mit der Entscheidung über den vorliegenden Entwurf des Haushaltes 2010/11 geht es durchaus um eine **Grundsatzentscheidung über die zukünftige Richtung** der Haushaltspolitik in Essen: **Überschuldung zu finanzieren - oder Rückgewinnung politischen Gestaltungsspielraums?**

Die Überschuldung der Stadt bedeutet, dass ihr faktisch nichts mehr gehört, dass ihre **gesamte kommunale Substanz der Deckung der Schulden** dient. Mit der Konsolidierung soll und kann nur das Tempo in den Abgrund etwas verzögert werden. Eine Richtungsumkehr, und das hieße tatsächliche **Entschuldung**, ist geboten. Lange war diese Richtung tabu, jetzt fordern sie durchaus einige Bürgermeister. Doch noch ohne Konsequenzen.

Wie ist denn die **Haushaltsentwicklung** in Essen? Trotz aller Haushaltssicherungskonzepte der letzten Jahre ist die Verschuldung stets schneller gestiegen als die Konsolidierungssummen. Sie ist auch stets schneller gestiegen als die Einnahmen der Stadt. Die Essener Verschuldung von 3 Mrd nähert sich dem **Doppelten des für 2010 geplanten Haushaltsvolumens** – bundesweit rekordverdächtig! Jeder Essener Einwohner, auch Sie hier im Saal, ihre Kinder, Enkel, Großeltern – ist dadurch mit 5200 Euro verschuldet. Wie sollen diese Milliarden, auch im Rahmen der gesamten Staatsverschuldung von inzwischen 1,7 Billionen, je aufgebracht werden?

Vielleicht durch Sparen bei den **Personalkosten**? Selbst wenn die Verwaltung **alle** Beschäftigten entlassen würde - was natürlich nicht geht - müssten acht Jahre ins Land gehen, bevor die Türen des Rathauses wieder geöffnet werden könnten. Denn erst nach dieser Zeit wären die 3 Mrd zurück gezahlt. Ohne Zinsen.

**Die rapide steigende Verschuldung** bedeutet inzwischen eine weitgehende Einschränkung der Investitionen und Leistungen, Die Substanz der öffentlichen Infrastruktur und Gebäude, die soziale Lage und die notwendigen Angebote an die Menschen werden aufs Spiel gesetzt. Damit wird die **Zukunft der Stadt verspielt**. Die **Investitionen** in die Substanz sollen in den nächsten vier Jahren nur bei **130 Mio liegen**. Dieser Betrag ist gerade mal ein Viertel der zu leistenden Zinszahlungen, und nicht mal 2 Prozent der **bis 2014 geplanten rd 7300 Mio Gesamtausgaben**. Ich halte das für einen Skandal.

Die galoppierende Überschuldung hinein in die auch vom Oberbürgermeister festgestellte **„Vergeblichkeitsfalle“** ist in erster Linie die Folge des **Systems der kommunalen Finanzierung** und nicht von zu teuren Reinigungskräften oder Hausmeistern. Sie fordert eine **radikale Umkehr**, für die ich Ihnen eine Entschließung vorgeschlagen habe. Denn es gibt eine Alternative zur Schuldenfalle.

Meine Damen und Herren - die Alternative liegt in einer entschiedenen politischen **Entscheidung für eine wirkliche Entschuldung** der Stadt. Nur dann kann die Substanz erhalten und verbessert werden. Die Alternative liegt in einem **Zins- und Schuldenmoratorium**, das keine Verschiebung oder Überbrückung bedeutet wie der derzeit in NRW diskutierte sog. „Entschuldungsfond“, der letztlich auf Kosten der Steuerzahler geht und die Banken ungeschoren lässt. Die Alternative **erfordert den Mut, aufzubegehren**.

Das ist keine Utopie. Im Bundesdurchschnitt wurden die kommunalen Schulden ab 1950 schon 4,1-mal zurückgezahlt. Damit ist kommunale Entschuldung fiskalisch mehr als begründbar. Aber das erfordert den Mut, scheinbar heilige Gesetze in Frage zu stellen.

Z.B. Mut dagegen, dass die Finanzausstattung der Kommunen allein dem politischen Willen der Landes- und Bundesregierung unterliegt. Diese Regierungen entscheiden, wie sie die Steuermittel einsetzen und was davon die Kommunen bekommen. Wenn die Hotelbesitzer um vier Milliarden Euro entlastet werden, aber die U3-Kindergartenplätze gnadenlos unterfinanziert werden – soll man sich dem unterwerfen? Die Stadt sollte Flagge zeigen!

Vor diesem Hintergrund durch die Zusammenlegung von Schulen, durch Einschränkung bei Reinigungskräften, durch die ganze Liste von Streichungen und Kürzungen die Folgen dieser Umverteilungspolitik auffangen zu wollen, das kann nur mit dem berühmten **Kampf gegen Windmühlenflügel** verglichen werden. Womit ich natürlich nicht sagen möchte, dass Sie, Herr Oberbürgermeister, der „Ritter der traurigen Gestalt“ sind.

Zudem steht die wichtige Frage, mit welchen Folgen der tiefen **Finanz- und Weltwirtschaftskrise** noch zu rechnen ist. Zwar mag die Talsohle erreicht sein, aber wie weit Einnahmen noch weg brechen und Ausgaben sich erweitern werden, kann niemand voraussagen. Nur eines ist sicher: Die historisch niedrigen **Zinsen werden steigen** und die Verschuldung beschleunigen.

Und, meine Damen und Herren, selbst wenn das erklärte Ziel des Kämmerers, das Eigenkapital nicht unter Null sinken zu lassen, auf Kosten der Menschen dieser Stadt für eine Weile erreicht würde – das ändert doch nichts an der Überschuldung, und ändert nichts an der darauf beruhenden **politischen Gängelung** der Stadt. Wo ist denn der *wesentliche* Unterschied zwischen §82 GO, „Leitfaden“-Erpressung und Sparkommissar?

Politisch empörend ist, dass für diese Fata Morgana-Politik unsere **Mitbürger bluten** sollen, die die kommunale Finanzkrise **nicht im Geringsten zu verantworten** haben und deshalb niemandem irgendein „Opfer“ schuldig sind. Deswegen werde ich alle Kürzungen, Streichungen und Erhöhungen, die auf ihre Kosten gehen, ablehnen - so wie den gesamten Haushalt.

Ich halte es dagegen für richtig, dass die **Verursacher** für diese strukturelle Finanzkrise der Kommunen aufkommen sollen. Was bei den Banken mit den „bad banks“ zur Schuldenabschreibung problemlos möglich ist, warum nicht auch für Kommunen? Die Banken bereichern sich risikolos an den Zinsen der Kommunalkredite: Kommunalkapital wird so in Bankkapital verwandelt - klassische **Umverteilung von unten nach oben**.

Statt diese **in den Abgrund** führende Finanzpolitik gegenüber den Kommunen weiter zu fördern, muss politischer Druck für **tatsächlichen Zinserlass und Schuldenabbau**, für eine **Finanzreform** gemacht werden, die sich nach den Bedürfnissen der Städte und eben nicht nach denen der Banken richtet. Darauf zielt mein Antrag.

Ich würde mir wünschen, dass Sie den **politischen Mut zu dieser Erklärung** des Rates haben, weil es so nicht weitergehen kann - vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit.